



Brigitte Lösch

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Stuttgart IV

Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur, Jugend und Sport

70173 Stuttgart
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: 0711 2063-664 / -233
Telefax: 0711 2063-660

E-Mail: brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de

10. Mai 2017

Pressemitteilung

Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch besucht Haus des Jugendrechts in Bad Cannstatt

Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch besuchte gemeinsam mit Stadtrat Björn Peterhoff, Bezirksbeirätin Kathrin Grix und dem Vorsitzenden des Grünen Ortsverbands Dietrich Haaf das Haus des Jugendrechts in Bad Cannstatt.

Das vor 18 Jahren als Modellprojekt und erste Einrichtung dieser Art gegründete Haus vereint unter seinem Dach die vier für jugendliche Straftäter zuständigen Behörden. Polizei, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht und Jugendamt sitzen Tür an Tür und bearbeiten in enger Zusammenarbeit die Straftaten der Kinder und Jugendlichen bis 21 Jahre.

Im Gespräch mit dem Leiter der Polizei Herrn Rainer Rudat und VertreterInnen aus allen Abteilungen des Hauses wurde Konzeption, Zielsetzung und Herausforderungen der täglichen Arbeit deutlich. Schnelles Handeln bei normwidrigem Verhalten durch die Beschleunigung der Verfahren, die Optimierung der behördlichen Zusammenarbeit und dadurch eine langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität sind durch die enge und verzahnte Zusammenarbeit aller an den Verfahren beteiligten möglich. Ebenso stehen Prävention und Hilfestellungen nach Abschluss eines Verfahrens im Vordergrund. Die Jugendlichen haben feste Ansprechpartner und können so dicht betreut werden. Dies mindert die Rückfallquote.

Das Haus des Jugendrechts umfasst seit seiner Ausweitung am 1. Januar 2015 neben den Stadtbezirken Bad Cannstatt und Münster sieben weitere Stadtbezirke: Obertürkheim, Untertürkheim, Zuffenhausen, Stammheim, Mühlhausen, Feuerbach und Weilimdorf.

Brigitte Lösch zeigte sich erfreut, dass andere Städte in Baden- Württemberg nun dem Beispiel folgen. So gibt es bereits in Mannheim und Pforzheim entsprechende Häuser, in Ulm und Heilbronn sind weitere in der Planung.

Auch die Stuttgarter Kommunalpolitiker stellten fest, dass es wünschenswert wäre, das Einzugsgebiet auf die ganze Stadt auszuweiten.